

15. Sitzung des Bundesrates vom 3. März 1953.Vorsitz: Herr Bundespräsident Etter.Abwesend: Herr Vizepräsident Rubattel.Schriftführer: HH. BK. Oser und VK. Weber.

Die Protokolle der 10. und 11. Sitzung werden genehmigt.

Beginn: 09.00 Uhr.Schluss: 10.15 Uhr.Teuerungszulagen an das Bundespersonal.

Herr Weber: berichtet über Ergebnis der Beratungen der nationalrätlichen Kommission. Zuschuss von Kinderzulage wird von 12 auf 18 Franken erhöht. Das ergibt Mehrkosten für Bund von 465'000 Fr. Ferner sollen erhöht werden die Kopfquoten der Altrentner, und zwar

von 700.- auf 800.- Fr. für verheiratete Invalidenrentner
" 440.- " 500.- " " ledige Invalidenrentner und Witwen
" 300.- " 320.- " " Waisen.

Die Mindestbeträge der Zulage sind zu erhöhen

von 1150.- auf 1250.- Fr. für verheiratete Invalidenrentner

" 720.- " 780.- " " ledige Invalidenrentner und Witwen.

Das gibt Mehrkosten für EVK: Zentralverwaltung 310'000.- Fr.

PTT-Verwaltung 403'000.- "

übrige Regiebetriebe 47'000.- "

SBB 1'240'000.- "

Total Bund 2'000'000.- Fr.

Morgen ist Sitzung der ständerätlichen Finanzkommission. Werde schauen, welche Stellung sie einnimmt, und dann am Freitag dem Bundesrat Antrag stellen, ob wir festhalten wollen oder nicht.

Herr Escher: Habe erst jetzt Kenntnis erhalten. Herr Weber soll morgen nochmals Standpunkt des Bundesrates vertreten und uns am Freitag berichten.

Herr Kobelt: Bin überhaupt für Festhalten. Wenn man sparen will, muss man auch hier sparen.

Herr Weber: Wir halten fest und berichten dann am Freitag über Ergebnis.

Präsidentenkonferenz.

Herr Bundespräsident: berichtet, dass beschlossen wurde, Märzsession auf 3 Wochen auszudehnen. Es wurde der Wunschegeüssert, die Mitglieder des Bundesrates mögen sich bei Beantwortung von Postulaten kurz halten. Es wurde gewünscht, dass man das "Postulat Grendelmeier. Versicherungsgenossenschaften" und die "Interpellation Huber. Bunkerprozess" auf die Tagesordnung nehme. Herr Bundesrat Feldmann wird ersucht zu prüfen, ob dies möglich ist. Herr Rubattel soll von der BK angefragt werden, ob man die Postulate "Ming. Arbeitsbeschaffung für die Gebirgsbevölkerung" und "Kunz-Thun. Erdölkonzession" ebenfalls dran nehmen kann.

Herr Kobelt: Darf ich Antwort auf die Interpellation Huber vorher sehen?

Herr Feldmann: Ja..

Herr Bundespräsident: Möchte die Mitglieder des Bundesrates bitten, sich den Freitag möglichst frei zu halten von Kommissionssitzungen, damit wir wenigstens einmal in der Woche vollzählig sind.

Propaganda für Fremdenlegion.

Herr Kobelt: Der Untersuchungsrichter des Divisionsgerichtes 6 macht mich aufmerksam auf einen Propagandaartikel für die Fremdenlegion in Heim und Leben. JuP sollte prüfen, was man dagegen machen kann.

Herr Feldmann: Artikel könnte Anstiftung darstellen zur Schwächung der Wehrkraft. Will auch strafrechtliche Seite prüfen.

Israelische Gesandtschaft. Warnung vor Terrorakten.

Herr Feldmann: Habe vom Chef des Polit.Dept. Mitteilung der Schweiz. Gesandtschaft in Tel Aviv erhalten, wonach Terroristengruppe erklärt hat, für jeden Juden, der liquidiert werde, werden zwei russische Diplomaten umgebracht. Israelische Regierung hatte der russischen Botschaft vor dem Bombenanschlag polizeilichen Schutz angeboten, der aber abgelehnt wurde. Wir haben Bundespolizei avisiert und mit Berner und Genfer Polizei Fühlung genommen. Polit.Dept. sollte russische Gesandtschaft anfragen, ob sie polizeilichen Schutz wünscht und diese Unterhaltung schriftlich festhalten. Wäre nicht ausgeschlossen, dass anlässlich des zionistischen Kongresses solche Dinge passieren könnten. Auch wenn Russen polizeilichen Schutz ablehnen, sollte man Bewachung diskret etwas verstärken.

Herr Petitpierre: Einverstanden. Man darf auf keinen Fall in der Erklärung eine Verbindung herstellen zwischen dem Zionistenkongress und den Sicherheitsmassnahmen. Es handelt sich ja um eine generelle Erklärung von Terroristen. Am Zionistenkongress wird es keine Terroristen haben.

Wir sollten gewisse Massnahmen treffen und dem russischen Gesandten gewisse Angaben machen.

Beschluss: Beide Departemente sollen Angelegenheit gemeinsam weiter behandeln.

Berh, Eintritt in den Bund.

Herr Weber: Personalamt hat gemeint, man sollte dem Personal am Freitag, den 6. März freigeben, als Tag der Besinnung. Da lediglich ein Anlass für die Behörden stattfindet und alle Geschäfte arbeiten, wäre es sonderbar, wenn Bund zutun würde.

Herr Bundespräsident: Nicht eintreten. Die Frage wird erst aktuell bei Volksfeiern im Juni. Dann evt. ganzer Tag.

Es wird festgestellt, dass kein Antrag des FuZ vorliegt.

Europäische Kohlen- und Stahlgemeinschaft. Besuch von Herrn Spirenburg.

Herr Petitpierre: Herr Rubattel und ich haben Herrn Spirenburg empfangen. Haben uns 2 Stunden mit ihm unterhalten. Hat Meinung, dass

wir zu ängstlich sind. Hohe Behörde hat Wunsch, sich mit den Ländern auszusprechen, die der Gemeinschaft nicht angehören.

Für uns 3 Probleme: 1. Versorgung mit Kohle und Stahl
2. Preise
3. Transporte

Was Punkt 1 und 2 anbelangt, sind Erklärungen beruhigend. Beunruhigend Transportproblem. Dieses nicht genügend abgeklärt.

Ueber Frage der meistbegünstigten Nation wird eine Lösung möglich sein.

Was Delegation betrifft, ist Hohe Behörde einverstanden mit Wanderdelegation, d.h. man verlangt nicht, dass sich Delegierte am Sitz der Hohen Behörde aufhalten. Verbindung mit Schweiz.Konsulat in Luxemburg wird sogar als unerwünscht abgelehnt. Arbeit noch im Anfangsstadium. Noch Schwierigkeiten wegen Interessekollisionen zwischen einzelnen Mitgliedstaaten.

Ein Land wie die Schweiz hat nach wie vor Möglichkeit, seine Interessen auf bilateralem Wege zu wahren. Wir hatten am Schlusse der Aussprache das Gefühl, dass man die Angelegenheit ernst nehmen muss, aber nicht tragisch.

Internationale Verwaltungswissenschaften. Bureausitzung.

Herr Bundespräsident: Dieses Bureau wird am 4., 5. und 6. Mai seine Sitzung in Bern haben. Herr a.Bundeskanzler Leimgruber fragt an, ob der Herr Bundespräsident mit Herrn Bundesgerichtspräsident Python, an dem vom Bundesrat offerierten Essen teilnehmen wird.

Herr Petitpierre: Es hat doch verschiedene bedeutende Persönlichkeiten dabei. Ein Mitglied des Bundesrates sollte doch hingehen.

Herr Bundespräsident: Gut, werde gehen und noch mit Politischem Departement Rücksprache nehmen wegen Antwort.

Güterwagenpool.

Herr Escher: Gestern ist ein Abkommen über gemeinsame Verwendung von Güterwagen von 8 Ländern in Bern unterzeichnet worden.

Beschlüsse auf Grund schriftlicher Anträge.

Bundeskanzlei	<u>Ausstellungen und Messen. Delegation des Bundesrates.</u>
Politisches Dept.	<u>Agrément Nonce Apostolique.</u> <u>Agrément pour un ministre d'Egypte.</u> <u>Geschäftsbericht Gesandtschaft Bruxelles.</u>
Dept. des Innern	<u>ETH. Rücktritt Prof. A. Jeannet.</u> <u>ETH. Rücktritt Prof. Dr. Ruegger.</u> <u>ETH. Wiederwahl von Professoren.</u>
Justiz & Polizeidept.	<u>Mietzinsbeschwerde Huggel-Lang.</u>

Gewerbliche Schutzrechte. Abkommen mit Deutschland.

Einführung der Strassensignale.

22. Session der Internat. (IKPK).

Finanz & Zolldept.

Staatsrechnung 1952. Abschluss.

Herr Kobelt: Warum erwähnt man im Communiqué nur Rüstungsprogramm. Es sind noch mehr ausserordentliche Ausgaben in der Rechnung. Diesen Satz streichen.

Herr Weber: Einverstanden mit der Streichung des Nachsatzes.

Herr Bundespräsident: Sollte man nicht begründen, warum Einnahmen so viel höher als Voranschlag?

Herr Weber: Wir könnten einfach den Hinweis auf den Voranschlag weglassen. Bei Wehrsteuer und Tabakzölle haben wir die budgetierten Beträge nicht erreicht.

Herr Bundespräsident: Hinweis auf Voranschlag ganz weglassen.

Beschluss: Communiqué in diesem Sinne ändern.

Wahl des Vizedirektors der Steuerverwaltung.

Herr Weber: Herr Dr. Frädli hat sich auch gemeldet und hat Meinung vertreten, man könne zwei Vizedirektoren wählen. Werde Antrag stellen auf Extrazulage von Dr. Frädli. Eine Versetzung in die erste Besoldungsklasse wegen unserer Zurückhaltung bei Beförderungen nicht angängig. Werden Antrag für Ausrichtung einer Zulage von 2000 Fr. stellen. Es besteht kein Zusammenhang zwischen der Vizedirektorwahl und dieser Besserstellung.

Post & Eisenbahndept. Ersatzwahl in die Wasserwirtschaftskommission.